

Eine liberale Vision für Friedrichshain-Kreuzberg

Kommunalpolitisches Wahlprogramm der FDP Friedrichshain-Kreuzberg

März 2016

I Präambel – Unsere liberale Vision für Friedrichshain-Kreuzberg

In Friedrichshain-Kreuzberg ist jeder willkommen. Diese grundsätzliche Offenheit schafft Vielfalt und erfordert gegenseitige Toleranz. Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Kulturräume, Einkommensgruppen und Lebenssituationen wohnen neben- und miteinander. Hier begegnet man sich mit gegenseitigem Respekt, wird jedoch auch gelegentlich in seiner Komfortzone gestört. Kinder, Jugendliche und Senioren finden ein sicheres Umfeld.

Alle Menschen in unserem Bezirk haben Zugang zu bester Bildung. Bildungschancen werden durch Engagement und Leistung, nicht durch Herkunft determiniert. Unsere Kitas und Schulen sind sauber, in gutem baulichen Zustand und gehören zu den beliebtesten Berlins.

Wir leben in einem hochverdichteten, gut angebundenen, grünen und prosperierenden Bezirk. Friedrichshain-Kreuzberg ist die „Arrival City“ Deutschlands und Motor der dynamischen Wirtschaftsentwicklung Berlins. Friedrichshain-Kreuzberg ist das Start-Up-Zentrum Europas und bekennt sich zum Tourismus. Es gibt ein vielfältiges Angebot an Cafés, Bars, Restaurants, Geschäften und sozialen Einrichtungen, das für alle Generationen attraktiv ist. Alle Bürger profitieren vom Aufschwung des Bezirks.

Wir leben in einem vielfältigen, weltoffenen, multilingualen und coolen Bezirk. Wir bleiben das gesellschaftliche Labor des Landes. Kreuzberger Nächte bleiben lang, auch in Friedrichshain.

I Präambel – Unsere liberale Vision für Friedrichshain-Kreuzberg

II Beste Bildung: „Wenn ich groß bin, will ich...“

- a) Bildung für alle – von Anfang an! 3
- b) Freiheit, die Schule macht! 4
- c) Ein Bezirk für Azubis und Studierende! 7

III Stadtentwicklung: „Meine Wohnung, mein Haus, mein Block“

IV Wirtschafts- und Haushaltspolitik: „Do it yourself“

- a) Gründerkultur in Friedrichshain-Kreuzberg 10
- b) Tourismus 10
- c) Haushalt 12

V Mobilität und Infrastruktur: „Alle Wege führen nach...“

- a) Barrierefreiheit – Mobilität für alle zugänglich machen 13
- b) Wir stärken den Radverkehr! 13
- c) Motorisierter Individualverkehr 14
- d) Öffentlicher Personennahverkehr 16

VI Bezirksamt und Verwaltung: „Einfach und digital“

- a) Kommunale Verwaltung: Digitalisierung jetzt! 18
- b) Bezirksamt 20

VII Rechts- und Sozialstaat: „Legalize it“

- a) Gewalt und rechtsfreie Räume – nicht tolerierbar! 21
- b) Legalize it! Weniger Regulierung wagen 22
- c) Sozialpolitik: Politik der Chancen statt Krisenpolitik 22
- d) Integration und Flüchtlingspolitik 23

II Beste Bildung: „Wenn ich groß bin, will ich...“

Bildung ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit

Jeder Mensch soll frei sein. Um diese Freiheit eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben, ist Bildung der Schlüssel: Nur so kann Chancengerechtigkeit entstehen. Aus diesem Grund ist Bildung eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates. Bildung wird heute in Berlin nur halbherzig betrieben. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass alle von Bildung reden, es jedoch niemand ernst meint. Wir brauchen eine echte Bildungsoffensive. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des Kooperationsverbots ein, sodass der Bund auch Schulbildung finanzieren darf. Denn ein Bildungswettbewerb, bei dem arme Bundesländer den Kürzeren ziehen, hat seinen Sinn verfehlt. Auch Bildungsstandards sollten daher bundesweit festgesetzt und kontrolliert werden, wie z.B. ein bundesweites zentrales Abitur.

Unbürokratische und schnelle Schaffung von Willkommensklassen für geflüchtete Kinder – schnelle Integration in Regelklassen

Zurzeit kommen täglich hunderte Flüchtende nach Berlin – gerade jetzt müssen wir in Sachen Bildung noch engagierter durchstarten! Die Integration dieser neuen Mitbürgerinnen ist eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft. Wir müssen hierbei unbürokratisch gemeinsam mit den Schulen handeln, um Willkommensklassen einzuführen und die Schüler*innen schnellstmöglich in Regelklassen zu integrieren. Denn Schulpflicht gilt selbstverständlich auch für Flüchtlingskinder. Die Realität in Berlin steht dem leider diametral entgegen.

Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure

Allgemein gilt beim Thema Bildungspolitik: Ideologische Scheuklappen ablegen. Bildungspolitik darf nicht der Kriegsschauplatz der Parteipolitik sein. Wir bekämpfen weder Gesamtschulen noch Privatschulen oder das Gymnasium. Denn Vielfalt schafft Mehrwert. Daher müssen auch unkonventionelle Ideen bei der Lösung von Problemen in unserem Bezirk eine Rolle spielen. Anstatt ständig gegen wirtschaftliche Prosperität in unserer Stadt und im Bezirk zu kämpfen, fordern wir die ideologische Kehrtwende: Wir wollen die Gesellschaft und die Wirtschaft einbinden. Wir fordern ein „Bündnis für beste Bildung“ in unserem Bezirk.

a) Bildung für alle – von Anfang an!

Im Vorschulalter werden die Weichen für das gesamte Leben gestellt. Was hier an geistiger Entwicklung versäumt wird, kann später kaum wiedergutmacht werden. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen schon auf dieses frühe Alter lenken – und die Entwicklung der Kinder weniger abhängig von den Eltern machen. Insbesondere sprachliche Defizite müssen hier korrigiert werden, um so Chancengleichheit zu ermöglichen.

Betreuungsschlüssel verbessern

Sparen dürfen wir weder am Personal noch an der Ausstattung – kurzum: an der Qualität der Kitas. Der Betreuungsschlüssel in Berlin muss deshalb drastisch verbessert werden, denn die Bundeshauptstadt bildet momentan das Schlusslicht der Bundesländer in der Betreuungsstatistik der unter Dreijährigen. Auf sieben Kinder kommt jeweils nur ein Betreuer. In Baden-Württemberg hingegen steht das Verhältnis bei drei zu eins. Das muss auch für Berlin unbedingtes Ziel sein. Bei den über Dreijährigen sollte der Schlüssel bei eins zu sieben liegen.

Kita-Gebühren abschaffen

Beste Bildung und zwar für jeden! Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung der Kita-Gebühr ein, denn Kitas sollen für jeden zugänglich sein. Erziehung und Bildung ist eine Kernaufgabe des Staates, die deshalb nichts kosten darf.

Ausbau und Onlinevergabe der Kita-Plätze

Wir haben bereits jetzt zu wenige Kita-Plätze in Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin. Der Bedarfsatlas 2016 zeigt, dass diese Situation seit Jahren besteht und sich ständig verschlimmert. Aus diesem Grund fordern wir eine Investitionsoffensive für den Bau neuer Kitas. Außerdem muss die Platzvergabe effizienter organisiert werden: Das gängige Wohnortprinzip bei der Vergabe wird den Bedürfnissen der Eltern und Kinder oftmals nicht gerecht. Schließlich kann auch die Nähe zum Arbeitsplatz entscheidend für die Wahl der Kita sein. Die Vergabe über Wartelisten ist ineffizient und ungerecht. Wir fordern deshalb die Einführung eines Online-Vergabe-Systems mit der Möglichkeit der Präferenzangabe. Solange die Zahl der Kita-Plätze noch unzureichend ist, sollen Kinder von Eltern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, vorrangig berücksichtigt werden.

Betriebskitas mit anderen Kitas gleichstellen

Auch bei Kitas gilt: Scheuklappen ablegen, Lösungen erarbeiten. Wir sind davon überzeugt, dass die zahlreichen im Bezirk angesiedelten Firmen sich auch sozial im Bezirk engagieren möchten, und dass Eltern ihre Kinder gerne in ihrer Nähe wissen. Wenn sich Firmen an die Bildungsstandards halten, dürfen sie Kitas gründen, in denen mindestens 30 Prozent der Kinder von Extern kommen müssen. Dadurch profitieren alle Kinder im Bezirk.

Flüchtlingskinder unbürokratisch integrieren

Kinder von Geflüchteten müssen schnell in unsere Kitas integriert werden. Hier erwarten wir effizientes und flexibles Handeln der Verantwortlichen.

b) Freiheit, die Schule macht!

In den letzten Jahren fielen die Berliner Schulen häufig mit Negativschlagzeilen auf. Von maroden Toiletten bis hin zu Investitionsmitteln, die der Senat zur Schulsanierung bereitstellt, der Bezirk aber nicht abrufen kann, ist alles dabei.

Selbstverwaltung der Schulen stärken

In Berlin sind jedoch die Bezirke mit ihren Schulämtern für die Erhaltung der Schulen zuständig. Wir erwarten deshalb von den Bezirken, dass sie diese Aufgaben erstklassig erfüllen. Wir akzeptieren nicht, dass Investitions- und Sanierungsmittel des Senates nicht abgerufen werden, weil der Bezirk sich wahlweise auf zu wenig Personal oder die mangelnde Selbstverwaltungskompetenz der Schulen beruft. Wir wollen Prozesse initiieren, die es den Schulen ermöglichen, diese Mittel unbürokratisch selbst zu verwalten und anzuwenden. Damit geht die Stärkung der Kompetenz der einzelnen Schulen sowie deren Schulleiterinnen einher. Denn wir trauen den Schulleitern zu, selbst zu entscheiden, welche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen.

Freiräume und Bildungswettbewerb vergrößern

Bildungseinrichtungen brauchen zwingend mehr Autonomie über ihr Budget, Lernstoff, Methoden, Zeitplanung, Personal und Ausbildungsplanung. Anstatt nur noch homogene Einheitsinstitutionen mit strengen Einheitsregeln unter politischer Verwaltung zuzulassen, sollten wir bei der Ausgestaltung der Konzepte mehr Freiheiten einräumen. Wie gut dies funktioniert, zeigen die neuen Vorbilder in privaten Trägerschaften. Wir glauben an unsere Lehrer, Schulleiterinnen und Eltern und wollen sie zusätzlich durch die Initiierung eines Ideenwettbewerbes stärken. Es gilt, nicht nur gute SchülerInnen für gute Leistungen, sondern auch gute Schulen für erstklassige Bildung zu belohnen.

Freie Schulwahl

Mehr Freiheit muss aber auch den Schülern und Eltern zugesprochen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schule frei und unabhängig vom Wohnort gewählt werden kann. Das Argument, dass dann die „guten Schulen überrannt“ werden, lassen wir nicht gelten, da nur mit diesem System ein starker Anreiz zur Qualitätsverbesserung gesetzt wird. Wir haben den Anspruch, dass alle Schulen zu guten Schulen werden. Die Schulen müssen daher um die Schülerinnen mit Qualität und Konzepten werben.

Klare Zuständigkeiten in der Bildung festlegen

Da in Berlin drei Ebenen für die Schulen zuständig sind (Land, Bezirke, und die Schulen selbst), die sich vielmehr untereinander behindern, anstatt zusammenzuarbeiten, sind Chaos und gegenseitige Schuld- und Verantwortungszuweisungen vorprogrammiert. In der Folge haben wir in Berlin bezüglich Schulsanierungen einen geschätzten Investitionsstau von 2 Mrd. Euro. Wir fordern mittelfristig die Neugestaltung der Zuständigkeiten, insbesondere im Bereich des Gebäudemanagements, nach dem Vorbild von Hamburg. Dem Land soll dabei die Verantwortung der Schulen vollumfänglich, mindestens aber der Schulgebäude, übertragen werden, denn wir brauchen keinen zwölfteiligen Bildungsföderalismus. Wir brauchen ein Land, das die Standards und Ziele für Bildung definiert, Gelder unbürokratisch an die Schulen weiterreicht, und wir brauchen Schulen, die mit größtmöglicher Gestaltungsfreiheit diese Ziele individuell erreichen können. Wir haben gute Pädagog*innen und engagierte Schulleiter an unseren Schulen. Bremsen wir sie nicht aus, sondern lassen sie gestalten!

Sauberkeit in den Schulen sicherstellen

Die Sauberkeit an Berlins Schulen stand in den letzten Jahren regelmäßig in der Kritik. So gibt es Schulen, an denen Kinder aufgrund der unerträglichen hygienischen Zustände die Schultoilette nicht mehr aufsuchen. Zusätzlich steigt die Verletzungsgefahr in dreckigen Sporthallen enorm. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg schafft es dabei nicht, Ausschreibungen derart auszugestalten und Qualitätsmerkmale so zu integrieren, dass die Reinigungsbetriebe ihrer Arbeit vernünftig nachgehen. Strafzahlungen bei Nichterfüllung, regelmäßige Kontrollen und kürzere Ausschreibungsintervalle sind hierbei die geeigneten Mittel. Die Kontrolle der Reinigungsarbeiten muss nicht zuletzt durch Hausmeisterstellen in ausreichender Zahl sichergestellt werden.

Digitalisierung nicht verschlafen

Wir brauchen darüber hinaus nicht nur bessere Schulgebäude, sondern auch ein besseres Inventar. Im digitalen Zeitalter wollen wir auch digitale Lehre in den Schulalltag integrieren. Neue Computer und Tablets, Online-Lehrmittel oder interaktive Whiteboards sollen den Unterricht ergänzen. Dies ist eine kostenintensive, aber zwingend notwendige Investition. Unsere Kinder müssen einen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit heutigen und zukünftigen Technologien mühelos beherrschen. Deshalb werden wir dafür streiten, dass hierfür und insbesondere für die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit diesen Geräten Gelder bereitgestellt werden.

Engagement der Eltern nutzen

Nicht zuletzt glauben wir, dass Eltern eine zentrale Rolle in der Erziehung spielen. Unser Ziel ist deshalb, das Engagement von Eltern zu stärken und sie in größerem Umfang mit einzubeziehen. Wir wollen Initiativen wie beispielsweise die Stadtteilmütter in Neukölln, die genau an diesem Punkt ansetzen, fördern. Gerade bildungsferne Eltern können so gezielt angesprochen und eingebunden werden.

Lehrer unterstützen

Mehr Autonomie der Bildungseinrichtungen bedeutet nicht, dass sich die Politik zurücklehnen kann. Um unsere Kinder zukunftsstark zu machen, müssen auch Lehrerinnen und Betreuerinnen fortlaufend gebildet und gefördert werden – fachlich, pädagogisch und methodisch, z.B. hinsichtlich digitaler Möglichkeiten, Einsatz von Kreativitätstechniken oder unterschiedlicher Formen der Gruppenarbeit sowie Methoden im Hinblick auf das Herausbilden kritischer Geister, anstatt Gehorsam unter Kollektivzwang. Um die genannten Mehraufgaben und auch weitere Sonderaufgaben wie Talentsichtung, Förderung von Leistungsstarken und Hochbegabten, Nachhilfe und psychologische Betreuung leisten zu können, muss sich der Bezirk an vielen Stellen für mehr Personal im Bildungssektor einsetzen.

Partner gewinnen

Zusätzlich wollen wir auch vermehrt Personen und Institutionen außerhalb der klassischen Bildungsbranche einbinden. Vereine, Kultureinrichtungen und Bildungsträger etwa können eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten anbieten, die gefördert und bei Kindern wie Eltern bewor-

ben werden müssen. Als weiterer Schritt zur individuellen Betreuung ist auch die Einführung von Patenschaften denkbar. Über einen fortlaufenden, informellen Austausch können hier junge und ältere Erwachsene den Kindern humanistische Werte und Wissen über fremde Kulturen, Kunst, Wissenschaften, Ernährung und Gesundheit näherbringen und als wichtige persönliche Ansprechpartnerin dienen.

c) Ein Bezirk für Azubis und Studierende!

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein junger Bezirk. Hier leben viele Studierende und Auszubildende – oder Jugendliche, die kurz vor diesem Lebensabschnitt stehen. Diese Menschen benötigen bezahlbaren Wohnraum und eine erstklassige Infrastruktur. Wir beobachten immer wieder mit Entsetzen, dass sich der Bezirk bei der Frage nach günstigem Wohnraum für Studierende und Auszubildende quer stellt und diesen verhindert – wie beispielsweise am Frankfurter Tor, wo 500 privat finanzierte Studentenwohnungen entstehen sollten.

III Stadtentwicklung: „Meine Wohnung, mein Haus, mein Block“

Friedrichshain-Kreuzberg befindet sich im Aufbruch. Noch Ende der neunziger Jahre gab es hier trotz zentraler Lage viele Brachflächen, Leerstand und besetzte Häuser. Das hat sich gewandelt, Kohleöfen sind inzwischen out und rund 4.000 Menschen mehr leben von Jahr zu Jahr in Friedrichshain-Kreuzberg. Eines der drängendsten Probleme in unserem prosperierenden Bezirk ist deshalb die Wohnraumknappheit und die daraus resultierenden steigenden Mieten und Verdrängungsprozesse.

Bezahlbarer Wohnraum durch Schaffung neuen Wohnraums

Bezahlbarer, ausreichend vorhandener Wohnraum lässt sich nur durch die Generierung weiteren Wohnraums gewährleisten. Wir fordern daher die gezielte Unterstützung von privaten Miet-Neubau-Projekten. Damit wollen wir langfristig erschwingliche Preise sicherstellen.

Flächenmanagement: Nachverdichtung und Dachgeschossausbau

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein zentraler Innenstadt-Bezirk, in dem die Bauflächen knapp sind. Daher ist ein kluges Flächenmanagement obligatorisch. Das beinhaltet z.B. die konsequente Nachverdichtung von Freiflächen sowie den Dachgeschossausbau nach Wiener Vorbild.

Bauvorhaben beschleunigen

Wir fordern, Wohnungsbauvorhaben zügig und unbürokratisch anzugehen. Wenn sich das Bauvorhaben in das stadtplanerische Umfeld problemlos integrieren lässt, ist gemäß Baugesetzbuch (§34) nicht zwingend ein Bebauungsplan, ein sonst sinnvolles Instrument in der Stadtplanung, erforderlich. Von dieser Möglichkeit sollte konsequenter Gebrauch gemacht

werden, damit die Baubehörde eigenständig und schneller den notwendigen Wohnungsbau realisieren kann.

Subjektförderung statt Objektförderung in der sozialen Wohnungspolitik

Wir wollen die soziale Durchmischung im Bezirk erhalten. Dennoch halten wir hierbei kommunalen Wohnungsbau nicht für das beste und gerechteste Instrument. Denn kommunaler Wohnungsbau mit dem Anspruch auf erschwingliche Mieten subventioniert günstigen Wohnraum für alle. Wir setzen uns stattdessen dafür ein – wie es auch die fünf Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten fordern –, dieses Geld Menschen mit niedrigem Einkommen direkt als Wohnungsgeld zur Verfügung zu stellen. Dies ist gerechter und kostengünstiger.

Milieuschutz und Sanierungsverbote abschaffen

Wir erachten Milieuschutz und Sanierungsverbote grundsätzlich als ungerecht. Diese Maßnahmen sorgen zwar großräumig kurzfristig dafür, dass Mieten niedrig gehalten werden. Die Markteingriffe hemmen jedoch Wohnungsneubau, senken so das Angebot an Wohnungen und erhöhen damit die Mieten und Immobilienpreise. Außerdem führen sie dazu, dass Gutverdiener Wohnraum belegen, der weit unter ihrer Zahlungsbereitschaft liegt – und minimieren somit langfristig das Wohnungsangebot für Geringverdiener und Mittelschicht. Im Wettbewerb mit einer Gutverdienerin wird der Geringverdiener auch bei einer günstigen Wohnung den Kürzeren ziehen. Im Ergebnis verknappen Milieuschutz und Sanierungsverbote also das Wohnungsangebot für Geringverdienerinnen und Mittelschicht. Allein die Bereitstellung von ausreichend Wohnraum für jede Zahlungsbereitschaft kann langfristig erschwingliche Preise garantieren.

Höhere Planungssicherheit schafft Vertrauen und verhindert Stillstand

Wir wollen klare Ansagen und Vertragssicherheit gegenüber Clubbesitzern, Investoren und Bürgern, um Planungssicherheit zu generieren. Momentan „eiert“ der Bezirk und insbesondere sein Parlament bezüglich Neubau und Bestandsschutz sehr stark herum, sei es bei den Hochhäusern am Ostbahnhof oder beim Postturm an der Möckernbrücke. Mit solchen Verhaltensweisen werden Investor*innen, die wir dringend zum Wohnungsbau benötigen, sowie Clubbesitzerinnen und Bürger abgeschreckt.

Living Bridge – Schaffung eines neuen Stadtquartiers

Die Stadtbahn zwischen Ostbahnhof und Ostkreuz ist eine trostlose, platzintensive Schneise, die Friedrichshain vom Rudolfskiez, Kreuzberg und der Spree trennt und nicht zu unserem lebhaften Bezirk passt. Wir fordern daher, diese Schneise mit einer „Living Bridge“ zu überdachen. Sie soll Platz für neuen öffentlichen Raum (z.B. Sport- und Spielplätze) und den dringend benötigten Wohnraum schaffen. Der Höhenunterschied soll durch Freitreppen und Parkanlagen überbrückt werden. Die Living Bridge wird einen großzügigen städtischen Charakter ermöglichen, die Wohngegend aufwerten und damit den Kriminalitätsschwerpunkt Warschauer Brücke entschärfen.

IV Wirtschafts- und Haushaltspolitik: „Do it yourself“

Wirtschaft? Vom Späti bis zum Start-up – einfach mal machen lassen. Gerade im Bezirk müssen wir auf diesem Gebiet nicht viel politisch beeinflussen. Es geht vielmehr um die Grundeinstellung gegenüber wirtschaftlicher Prosperität und Veränderung. Leider wird wirtschaftliche Aktivität, von der unser Bezirk profitiert, immer häufiger durch Regulierung eingeschränkt. Neue Vorhaben wie auch etablierte Projekte werden oft durch willkürliche Beschränkungen ausgebremst. Für die FDP aber ist die Freiheit zur eigenen Gestaltung das höchste Gut. Wir wollen nicht vorschreiben, ob und wie etwas zu machen oder zu lassen ist, sondern wir schätzen und tolerieren die besondere Vielfalt des Lebens und Arbeitens in unserem Bezirk. Wir achten darauf, dass all dies im interdisziplinären Austausch anstatt abgeschottet passiert – somit entsteht immer wieder eine neue produktive Dynamik, die Veränderungen mit sich bringt. Fortschritt braucht also Freiheiten.

Späti-Öffnung auch an Sonntagen legalisieren

Berlin wirbt mit dem Slogan 365/24 für sich und meint damit, dass unsere Stadt nie schläft. Realität ist das jedoch nicht – sonntags geöffnete Spätis treiben noch immer in der Illegalität. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die überkommenen Ladenschlussgesetze der heutigen Lebenswirklichkeit angepasst werden. Insbesondere die meist inhabergeführten Spätkauf-Läden leiden unter der momentanen Gesetzgebung. Spätis gehören aber zur Kiezkultur und sollten deshalb nicht kriminalisiert werden.

Gewerbesteuer den Bezirken zukommen lassen

Die zweigliedrige Verwaltung in Berlin ist in ihrer Ausgestaltung einmalig in Deutschland. Die Bezirke sind im Prinzip deutsche Großstädte: Friedrichshain-Kreuzberg ist mit 275.000 Einwohnern so groß wie Wiesbaden, die Hauptstadt von Hessen. Weil der Bezirk nicht durch direkte Steuereinnahmen an der Wirtschaftsentwicklung beteiligt wird, ist derzeit das Interesse der politischen Akteure an Firmenansiedlungen gering. Das hat langfristig negative Folgen. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Bezirke direkt über die Einnahmen der Gewerbesteuer verfügen können. Denn dadurch könnte Friedrichshain-Kreuzberg unmittelbar von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren.

Gewerbeflächen als Zukunftsinvestition

Neben Wohnraum benötigen wir in Friedrichshain-Kreuzberg auch akut Büro- und Arbeitsräume. Öffentliche Brachflächen oder ungenutzte Altbauten müssen schnell für mittelfristige Zwischennutzungen oder zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssen Baugenehmigungen schneller und zahlreicher erteilt werden. Auch unser Bezirk kann besser verdichtet werden und in die Höhe sprießen. Dabei wollen wir nicht nur auf Höchstgebote, sondern auch auf Art der Verwendungsmöglichkeiten achten.

a) Gründerkultur in Friedrichshain-Kreuzberg

Unser Bezirk entwickelt sich immer mehr zur Brutstätte von kleinen, innovativen Unternehmen, die die Zukunft unserer Wirtschaft gestalten. Das begrüßen wir außerordentlich und wollen die Akteure mit offenen Armen empfangen, anstatt ihnen unnötig Steine in den Weg zu legen. Für unseren Bezirk sind insbesondere ideengetriebene Unternehmen attraktiv. Sie benötigen keine Infrastrukturen, Ressourcen oder Flächen in großem Maßstab. Diese Standortfaktoren können andere Gebiete besser bedienen. Start-ups brauchen eine dynamische, inspirierende Umgebung, die auch dem zuvor Unbekannten offen gegenüber steht – auch von offizieller Seite aus. Dabei profitieren sie aber nicht nur einseitig vom bunten Bezirk, sondern geben ihm selbst Kreativität zurück. Und das geht am besten in Freiräumen mit vielen anderen motivierenden Querdenkern und Querdenkerinnen.

Start-ups einbinden und Probleme lösen lassen

Die Kreativen sitzen direkt vor der Haustür des Bezirksamtes. Anstatt also dem Kapitalismus 2.0 kritisch gegenüber zu stehen, wollen wir Start-ups in die Problemlösung unserer Stadt mit einbinden. Wie bewältigen wir die Digitalisierung des Bezirksamtes? Wie können wir die Terminvergabe im Bürgeramt verbessern? Als sich ein junges Start-up diesem Problem widmete, diskutierten die Verantwortlichen im Bezirksamt lediglich, wie ihnen das Handwerk gelegt werden könnte, anstatt dieses Start-up an den Tisch zu holen. Es ist an der Zeit, die wahren Probleme zu lösen, anstatt Symptome zu bekämpfen.

Umfassender Breitbandausbau und verstärkte Förderung von Freifunk

Für die Gründer von heute und morgen ist bei der Suche nach einem geeigneten Standort vor allem die Schnelligkeit des Internets der entscheidende Faktor. Ergänzend zu einem umfassenden Breitbandausbau benötigen wir frei zugängliches Internet auf den Straßen und Plätzen. Große Datenmengen über Handydatennetze abzurufen ist jedoch immer noch eine Hürde für digitale Anbieter in Deutschland. Deshalb wollen wir endlich flächendeckenden Freifunk im Bezirk forcieren.

Kooperationen zwischen Schulen und Start-ups fördern

Junge Menschen sollten schon in der Schule ermutigt werden, sich im späteren Berufsleben selbst zu verwirklichen. Dass dazu auch gehören kann, eigene Ideen zu entwickeln und möglicherweise selbst zu gründen, wird in berufsvorbereitenden Veranstaltungen leider kaum thematisiert. Ändern können dies z.B. AGs in der Schule, in denen Schülerinnen ihr erstes Unternehmen gründen. Hier ist der Austausch mit echten Gründern besonders wichtig, weshalb die lokale Start-up-Community ermuntert werden soll, sich einzubringen.

b) Tourismus

Tourismus bereichert unseren Bezirk! Friedrichshain-Kreuzberg ist der Inbegriff des weltweit bekannten Berliner (Nacht-)Lebens und zieht jährlich Millionen von Menschen an. Darauf sind wir stolz. Wir freuen uns nicht nur über den Austausch mit Reisenden aus allen Ländern,

sondern sehen auch das wirtschaftliche Potenzial dahinter. Tausende Arbeitsplätze hängen in Berlin mittlerweile an der Gastronomie und etliche Betriebe profitieren von der Beliebtheit. Die FDP erkennt jedoch auch die Probleme, die mit der zunehmenden Zahl an BesucherInnen entstehen.

Ferienwohnungen statt Hotelsiedlungen

Der Tourismus in Friedrichshain-Kreuzberg hat einen ganz besonderen Charakter. So kommen v.a. junge Menschen, um in die Lebensweise unseres Bezirkes einzutauchen. Ein Verbot von Ferienwohnungen und Hostels würde im Umkehrschluss bedeuten, dass immer mehr Touristinnen Hotels nachfragen. Daher wollen wir insbesondere ein zeitweises Vermieten von selbstgenutztem Wohnraum über Internetplattformen wie Airbnb erlauben. Wir wollen Durchmischung auch zwischen Touristen und Einheimischen, anstatt Wohnraum durch Hotels zu ersetzen.

Freiheitsgebiete ausweisen

In den als besonders lebendig ausgezeichneten Bezirksteilen können Grenzen vom Ordnungsamt weiter gefasst werden, wenn es z.B. um Ruhephasen geht. Diese größeren Freiheiten machen sie schließlich besonders attraktiv für kreativ Schaffende und können auch von Anwohner*innen wertgeschätzt werden. Wir wollen daher prüfen, ob wir Freiheitsgebiete ausweisen können. So kann es beispielsweise bei Neuvermietungen oder Straßenkennzeichnungen entsprechende Hinweise zu den Freiheitsgebieten geben. Natürlich müssen auch hier Regeln gelten; insbesondere familiäre Wohngegenden kommen nicht infrage.

Übernachtungssteuer abschaffen

Touristen geben in Berlin viel Geld in Hotels, Clubs, Ferienwohnungen, Bars, Restaurants und Sehenswürdigkeiten aus. Durch die Besteuerung dieser Wirtschaftstreibenden profitieren Berlin und der Bezirk ungemein. Die zusätzliche Übernachtungssteuer (sog. City Tax) ist deshalb lediglich eine weitere Verwaltungstätigkeit und schafft keinen Mehrwert. Tragen wir zur Entbürokratisierung bei und schaffen diese Zusatzsteuer ab.

Baugenehmigungen auch für Clubs

Berlin ist weit über die Grenzen Deutschlands bekannt für seine Clubkultur und zieht jährlich Millionen von Besucherinnen und Besuchern an. Dies ist nicht nur ein oft unterschätzter großer Wirtschaftsfaktor. Denn die Clubs und die damit verbundenen Musikszene machen unsere Stadt mit zahlreichen Veranstaltungen besonders lebenswert – und das nicht nur an den Wochenenden. Wir wenden uns deshalb gegen die extrem restriktive Genehmigungspraxis des Bezirks bei Clubs und Gastronomie.

c) Haushalt

Haushalt auf den Kopf stellen

Das Haushaltsbudget in Friedrichshain-Kreuzberg beträgt ca. 600 Mio. Euro. Davon sind ca. 90 Prozent zweckgebunden, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kann daher nur über die Verwendung von ca. 60 Mio. Euro selbst entscheiden. Wir wollen diesen Betrag vollumfänglich auf den Prüfstand stellen. Hierfür sollen vorab objektive Kriterien erarbeitet werden, um jede einzelne Ausgabe auf Notwendigkeit überprüfen zu können. Als Leitfrage soll hierbei dienen: Ist diese Ausgabe wichtiger als notwendige Ausgaben für den Bereich Bildung?

Ein Bezirksamt, das Gelder auch abruf

Geld ist da, nur in Friedrichshain-Kreuzberg will es keiner. Immer wieder stoßen wir in unserer politischen Arbeit auf Fälle, in denen der Bezirk Geldmittel, die ihm von Landesebene aus angeboten werden, nicht abruf. Dies beginnt bei 7000 Euro, die jede Schule für kleinere Sanierungsarbeiten bekommt, und endet bei 193 Mio. Euro Landeshaushaltsüberschuss, die den Bezirken 2016 zukommen, wobei Friedrichshain-Kreuzberg aber leer ausgeht. Anstatt untätig zu bleiben, hätte der Bezirk hier 10 bis 20 Mio. Euro für dringende Investitionen in Schulen, Kitas und Spielplätze einfordern müssen. Wir erwarten von den Verantwortlichen im Bezirk, dass sie sich über parteipolitische Gräben hinweg für die Belange des Bezirks einsetzen.

V Mobilität und Infrastruktur: „Alle Wege führen nach...“

Persönliche Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Ob zum Supermarkt, zur Arbeit, zu Freunden und Familie oder in den Urlaub – jeder sollte frei wählen können, ob er zu Fuß, auf Skates, Rad fahrend, mit dem Auto oder per Bus und Bahn zu seinem Ziel kommt.

Das Thema Mobilität ist in einem dynamischen und kreativen Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg von übergeordneter Bedeutung. Die FDP Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik ein, die bestehende Verkehrsverhältnisse den sich wandelnden Bedürfnissen urbaner Lebenskultur anpasst.

Wir wollen die Mobilität aller Bewohnerinnen, Besucher und Durchfahrenden verbessern, indem wir eine auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmte Verkehrspolitik machen. Wir wollen ein integratives Mobilitätskonzept für ein gleichberechtigtes, sicheres und respektvolles Neben- und Miteinander der Fortbewegungsmöglichkeiten: zu Fuß, per Fahrrad, Auto, Bus, Tram, U-Bahn und S-Bahn.

Eine einseitige Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Verkehrsmittel, die nicht das Ziel hat, die Gesamtverkehrssituation zu verbessern, sondern lediglich ideologisch unerwünschte Verkehrsmittel zu behindern versucht, lehnen wir strikt ab.

a) Barrierefreiheit – Mobilität für alle zugänglich machen

Barrierefreiheit ist umfassend zu verstehen. Sie bezieht sich auf die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Plätzen, auf abgesenkte Bordsteinkanten und ebene Gehwege wie auch auf die Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel. Behindertengerechte Rampen, Aufzüge oder visuelle und auf Tastsinn beruhende Orientierungsmöglichkeiten und Leitsysteme müssen bereits beim Bau berücksichtigt und andernfalls nachgerüstet werden.

b) Wir stärken den Radverkehr!

Die jetzige Bezirksregierung ist mit großen Ambitionen gestartet und in der Fahrradpolitik kläglich gescheitert. Mobilität ist ein Zukunftsthema, bei dem aufgrund von bestehenden und anstehenden Innovationen und durch die Automatisierung moderner Techniken erhebliche Verbesserungspotenziale ausgeschöpft werden können. Dazu gehört als Grundpfeiler insbesondere die Radverkehrsförderung, die als Baustein einer zukunftsorientierten urbanen Mobilität zunehmende Wichtigkeit und Popularität gewinnt. Viel zu oft werden bestehende unsichere und ineffiziente Verkehrsverhältnisse aufgrund historischer Gegebenheiten hingenommen.

Es bestehen in Friedrichshain-Kreuzberg enorme lokale Potenziale, den gemeinsamen Verkehrsraum sicherer, harmonischer und effizienter für alle am Verkehr Beteiligten zu gestalten. Kostengünstige und erfolgreiche Konzepte in anderen Großstädten (beispielsweise Kopenhagen, New York, Hannover) zeigen, dass messbare Verbesserungen für Wirtschaft, Mensch, Stadt und Umwelt vollzogen wurden. Die Freien Demokraten setzen sich daher für eine Stärkung lokaler Fahrradpolitik in Friedrichshain-Kreuzberg ein, die Verkehrsflüsse effizienter und stadtverträglicher gestaltet.

Wir fordern, dass die Politik in Friedrichshain-Kreuzberg der Radverkehrsförderung mehr Aufmerksamkeit widmet und der Verwaltung mehr Ressourcen zur Verfügung stellt. Auch Polizei und Ordnungsämter müssen mit einer Fahrradstaffel ausgestattet werden, um die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer_innen zu erhöhen. Die Verwaltung soll dabei Zielkorridore für Verbesserungen der Verkehrslagen festlegen und anschließend messbare Änderungen kommunizieren.

Mehr Fahrradstraßen ausweisen

Es hat sich bewährt, statt holpriger Radwege eigene Fahrstreifen für Radfahrer zu markieren. Überlegungen zu einer Errichtung eines „Fahrradhighways“ unterhalb der U-Bahn-Strecke der U1 unterstützen wir. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Straßen in Friedrichshain-Kreuzberg in paralleler Führung zu Hauptverkehrsstraßen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Dabei ist die Anbindung an Fahrradrouten angrenzender Bezirke zu berücksichtigen.

Dem Radverkehr eine sichere, attraktive und der wachsenden Nachfrage entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen

In vielen Fällen führen nicht ausgewiesene Radwege an großen Straßen dazu, dass der Verkehrsfluss für Autofahrerinnen behindert wird. Daher sollen gesonderte Fahrbereiche ausreichend breit und gut sichtbar ausgewiesen werden, anstatt den Verkehrsfluss durch Shared-Spaces (gemeinsam benutzte Straßen) zu behindern.

Die wirtschaftlichste Alternative für die Ausweisung von sicheren Fahrbereichen

Markierungen von getrennten Fahrbereichen schaffen Klarheit und damit Sicherheit. Häufig ist die Verwendung von Farbe als merkbare Abgrenzung schon ausreichend, um Verkehrsflüsse effizienter zu gestalten.

Grüner Pfeil für Radverkehr

Der Bezirk soll sich beim Bundesverkehrsministerium für ein Pilotprojekt einsetzen, wonach das Verkehrszeichen „Grüner Pfeil für Radfahrer“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erprobt werden soll. Dieses Verkehrszeichen existiert bereits in Frankreich und den Niederlanden und schafft die Möglichkeit für Radfahrer, an Ampeln auch dann rechts abbiegen zu können, wenn die Ampel auf Rot steht.

Zentrale Parkplätze und aufeinander abgestimmte Strecken für Autos und Fahrräder

Die Ausweisung von Parkplätzen für Autos und Fahrräder muss neu überdacht werden. Insbesondere auf großen Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen führen Parkvorgänge bei gleichzeitigem Fahrradverkehr zu erheblich reduzierter Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen.

Mehr Kfz- und Fahrrad-Parkplätze bei Neubauten schaffen und umsetzen

Dadurch werden öffentliche Parkplätze nicht übermäßig belastet. Sichere, überdachte Fahrradstellplätze können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel aufwerten.

Eine neue Fahrrad- und Fußgängerbrücke über die Spree errichten

Beispielsweise könnte eine solche Brücke an der Brommystraße entstehen und dadurch ein zügigeres Vorankommen für Fahrradfahrerinnen und Fußgänger verbessern.

c) Motorisierter Individualverkehr

Die Straße ist und bleibt der Hauptverkehrsträger für Fußgänger, Rad, Straßenbahn, Bus und Auto im Personen- und Güterverkehr und ist das Herzstück der Infrastruktur im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Unser Ziel ist es, einen flüssigen und sicheren Verkehrsfluss für alle Verkehrsträger im Bezirk zu gewährleisten. Sicherstellung von Rettungswegen, insbesondere an großen Kreuzungen, muss dabei eine Priorität sein.

Baustellenmanagement überarbeiten, Verkehrsführung verbessern!

Baustellen sind bedeutende Verursacher für Verkehrsstauungen. Zugunsten des flüssig fließenden Verkehrs sind die Fahrspuren bei Bauarbeiten an den Verkehrsfluss anzupassen. Dies gelingt beispielsweise durch die Beibehaltung der ursprünglichen Anzahl an Fahrspuren mithilfe von Verengung des Fahrstreifens. Dies sollte an Baustellen mit einer Mindestdauer von voraussichtlich vier Wochen angewandt werden. Auch sind Ampelschaltungen den sich daraus ergebenden Umleitungen anzupassen. Gegebenenfalls ist die Vorfahrt vorübergehend neu zu regeln.

Tempo-30-Zonen nur dort einführen, wo sie sinnvoll sind

Tempo-30-Zonen sind für reine Wohngebiete eine wichtige Errungenschaft, um Lärm und die Belastung von Abgasen zu senken und die Wohnqualität zu erhöhen. Jedoch haben sie auf Hauptverkehrswegen sowie Durchgangsstraßen nicht immer den erwünschten Effekt. Ein eindeutiger Kriterienkatalog, der auch Unfallschwerpunkte, Lärmschwerpunkte, Schulen, Kindergärten etc. mit einbezieht, soll dazu dienen, solche Tempo-Zonen auf Hauptverkehrsstraßen nur dort einzurichten, wo auch wirklich Bedarf besteht. Eine „Entschleunigung“ des Straßenverkehrs aus rein ideologischen Gründen lehnen wir ab.

Nachts ausschließlich wichtige Ampelanlagen in Betrieb halten

Eine diesbezügliche Überprüfung soll in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. Hierbei sind Aspekte der Verkehrssicherheit in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Leistungsfähiges Verkehrs- und Parkleitsystem umsetzen

Park&Ride-Flächen sollen in den Außenbezirken für eine Entlastung der großen Ausfallstraßen auch in unserem Bezirk sorgen und als Zubringer in das Berliner Zentrum inklusive Friedrichshain-Kreuzberg dienen. Wir setzen auch auf umfassende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an U- und S-Bahn-Stationen. Darüber hinaus müssen Fahrradparkhäuser geschaffen werden, sodass eine Entlastung der Straßen möglich ist.

Neue Flächen für Elektromobilität – unten parken, oben fahren!

Die Entwicklung des autonomen Fahrens, verbunden mit neuen Antriebsformen (BEV/FCEV)¹, benötigt neue Abstell- und Lademöglichkeiten. Hierzu sollen zentrale kommerziell betriebene unterirdische Parkhäuser geschaffen werden, die den öffentlichen Straßenraum vom ruhenden PKW-Verkehr befreien. Die so gewonnenen Flächen können als öffentlicher Raum sowie

¹ BEV = Battery Electric Vehicle (Elektroauto mit Batterie); FCEV = Fuel Cell Electric Vehicle (Elektroauto mit Brennstoffzelle).

den bislang benachteiligten Verkehrsteilnehmern für breitere Fahrrad- und Gehwege zur Verfügung gestellt werden.

Zweite-Reihe-Parken bekämpfen

Mobile und e-Commerce verursacht ein hohes Sendungsaufkommen. Dem dadurch ausgelösten Parkdruck durch Kurier-, Express- und Park-Dienste (KEP-Dienste, Zweite-Reihe-Parken) soll mit geregelten Lieferzonen und -zeiten entgegengewirkt werden. Gerade unser Bezirk als Hauptsitz eines der größten deutschen e-Commerce-Unternehmen soll hier eine Führungsrolle in der Planung der Be- und Zulieferung durch KEP-Dienste einnehmen.

Scheibe statt Zone – effiziente Parkraumbewirtschaftung

Ziel der Parkraumbewirtschaftung ist die Steuerung des ruhenden Verkehrs. Eine Einnahmeerzielung darf nicht im Vordergrund stehen. Parkraumzonen, die sich finanziell nicht selbst tragen (der Großteil in unserem Bezirk), sollen durch alternative Steuerungsformen, wie z.B. zeitliche Parkbeschränkungen mit einer Parkscheibenregelung, gesteuert werden.

Fließender Verkehr vor Parkeinnahmen

Die zuständige ordnungspolizeiliche Behörde (Ordnungsamt) hat nicht nur die Sicherstellung von Parkeinnahmen zu erbringen, sondern vorrangig die Störungsfreiheit des fließenden Verkehrs (insbesondere von Rad- und Fußgängerverkehr) sicherzustellen.

d) Öffentlicher Personennahverkehr

Die künftige Bezirkspolitik sollte dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger alle ihnen zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel uneingeschränkt nutzen können. Es gilt, das bestehende Verkehrsnetz zukunftsfähig und nachhaltig zu gestalten und auf die zunehmende Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs innerhalb des Bezirks im Sinne eines intelligenten und effizienten Mobilitätskonzeptes proaktiv zu reagieren.

Die U1 bis zum U-Bahnhof Frankfurter Tor an die U5 verlängern

Unser Bezirk leidet noch immer an den Spätfolgen der Teilung. Die Ost-West-Verbindungen werden am Bahnhof Warschauer Straße unterbrochen. Dazu besteht hier eine schlechte Umsteigesituation zur S-Bahn. Langfristig sollte die U1 bis zum Bahnhof Landsberger Allee, mit Weiterbaumöglichkeiten bei weiterem Wachstum der Stadt, geführt werden.

Eine U1-Station über dem S-Bahnhof Warschauer Straße

Überlegungen, die U1 zum Ostkreuz zu führen, mögen zwar auf den ersten Blick Vorteile haben, würden aber noch mehr Umsteigeverkehr auf das extrem stark frequentierte Ostkreuz lenken und de facto eine Doppelbedienung der Relation Warschauer Brücke – Ostkreuz bedeuten. Stattdessen sollte besser im Zuge einer Verlängerung zum Frankfurter Tor eine U1-Station direkt über dem S-Bahnhof Warschauer Straße errichtet werden, um einen bequemen Umstieg zur Stadtbahn zu ermöglichen. Durch die Verlegung des U-Bahnhofs entstünde

die Möglichkeit, direkt an der Kreuzung Oberbaumbrücke/Stralauer Allee einen zusätzlichen Haltpunkt zu errichten.

Erweiterung des Tramnetzes über die Oberbaumbrücke

Eine Strecke sollte über die Glogauer Straße zum Hermannplatz führen (mit der Option, diese später entlang des Columbiadamms zu verlängern). Auch der kleine Ringschluss über Halleisches Tor – Leipziger Straße – Hauptbahnhof ist zu prüfen. Die Erweiterung darf nicht mit den üblichen Berliner Planungszeiten Jahrzehnte dauern.

Ein neuer Südabschnitt für die S21

Die S21 ist neben der U5 das aktuell wichtigste innerstädtische Verkehrsprojekt in Berlin. Die Bauplanung sieht bislang die Errichtung eines Stummeltunnels bis Berlin Hauptbahnhof und ggf. weiter bis Berlin Potsdamer Platz vor. Um den Südabschnitt des Nord-Süd-Tunnels nicht noch weiter zu belasten, wird langfristig ein neuer Südabschnitt notwendig sein. Zur Verhinderung einer Doppelbelegung der Relation Potsdamer Platz – Südkreuz (ähnlich wie bei der U1) möchten wir die im Flächennutzungsplan vorgesehene Trassierungsvariante Potsdamer Platz – Moritzplatz – Oranienstraße – Görlitzer Bahnhof – Görlitzer Bahn prüfen. Diese Variante würde Kreuzberg (insbesondere SO36) schneller an den Hauptbahnhof und den neuen internationalen Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“ anbinden.

Wichtige Busachsen auf Straßenbahnverkehr umstellen

Diese sind wirtschaftlicher, ökologischer und effizienter. So geht aus mehreren unabhängigen Untersuchungen das Phänomen des sogenannten „Schienenbonus“ hervor. Dieses besagt, dass Menschen, die die Wahl haben, sich im Zweifelsfall zugunsten der Tram gegen Auto oder Bus entscheiden.

Bessere An- und Einbindung des Ostbahnhofs in den ÖPNV

Der Ostbahnhof ist der einzige Fernverkehrsbahnhof im Bezirk. Für viele Bewohner des Bezirks ist jedoch der Hauptbahnhof oder der Bahnhof Südkreuz schneller zu erreichen. Zu einem Konzept zur besseren Anbindung des Ostbahnhofs gehört insbesondere die Stralauer Allee/Mühlenstraße (die einzige Radiale des Alexanderplatzes ohne schienengebundenen ÖSPV²), auf der beispielsweise eine Verlängerung der M13 zu prüfen ist. Dies würde auch eine bessere Erschließung des Stadtentwicklungsgebietes Mediaspree ermöglichen. Hier sind in den letzten Jahren mehrere tausend Arbeitsplätze entstanden, die unzureichend mit dem ÖPNV erschlossen sind. Auch die Schaffung eines Bus-Rapid-Transit-Systems (X-Linien der BVG) für den schnellen Zubringerverkehr zum Ostbahnhof ist zu prüfen.

Ein zweiter Fernbusbahnhof zusätzlich zum überlasteten ZOB am Messege- lände

Mögliche Standorte können entweder am Ostbahnhof oder an einem anderen geeigneten Ort, wie z.B. am Ostkreuz, generiert werden. Hierzu ist jedoch ein Weiterbau der A100 not-

² ÖSPV = Öffentlicher Straßenpersonenverkehr.

wendig, die bis zur Frankfurter Allee weitergeführt werden muss. Die bisherige Ausführung wird ansonsten zu einem Kollaps des Verkehrs ab der Eisenbrücke und den Stadtteilen nördlich bis zur Frankfurter Allee führen.

Zusammen wachsen lassen, was zusammen gehört

Darüber hinaus möchten wir die letzten Teilungsfolgen durch Wiederaufbau der Brücke Wiener Straße – Karl-Kunger-Straße über den Landwehrkanal und die Brücke Brommystraße – Marianne-von-Rantzau-Straße über die Spree beseitigen.

VI Bezirksamt und Verwaltung: „Einfach und digital“

a) Kommunale Verwaltung: Digitalisierung jetzt!

Die kommunale Verwaltung in den Bürgerämtern stößt schon seit geraumer Zeit deutlich an ihre Grenzen. Die FDP Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich deshalb für einen modernen Staat ein, der es seinen BürgerInnen einfach macht. Dazu gehört insbesondere auch die Modernisierung von Verwaltungsprozessen. Viel zu häufig sind in unserem Bezirk noch Behördengänge und Papierformulare nötig, um einen Wohnsitzwechsel bekannt zu geben, das Auto umzumelden, Leistungen des Staats in Anspruch zu nehmen oder ein Unternehmen anzumelden. Diese altbackenen Verfahren kosten die Bürger Zeit und Nerven und den Staat viel Geld, das er an anderen Stellen besser einsetzen könnte. Wir sehen digitale Verwaltung als Chance für den Einzelnen und den Staat.

Mangels strategischer Ausrichtung haben sich viele deutsche eGovernment-Initiativen verzettelt. Andere Länder sind hier deutlich weiter. Die Freien Demokraten setzen sich daher für eine Digital Only-Strategie in Friedrichshain-Kreuzberg ein. Daraus leiten wir folgende Forderungen ab:

Zentrale Verfahren ausschließlich online anbieten

Wir setzen uns dafür ein, dass die zentralen Verfahren von Behörden künftig ausschließlich digital über das Internet angeboten werden. Gleichzeitig analoge und digitale Verfahren anzubieten verkompliziert die Einführung und raubt den Verfahren die Effizienz. Mit guten digitalen Verfahren können die Bürger schnell und einfach ihre Anträge stellen.

Vereinfachung komplexer Verfahren: Reduktion von Anlagen für Anträge

Die Digitalisierung der Prozesse soll dazu genutzt werden, komplexe Verfahren zu vereinfachen. Insbesondere muss geprüft werden, welche Anlagen bei Anträgen in Original beizubringen sind und welche nur bei einer Prüfung zur Verfügung stehen müssen.

Schnittstellen für ämterübergreifende Arbeit

Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern Schnittstellen (APIs) zur Verfügung gestellt werden können, sodass unabhängige Anbieter und Institutionen (Open Source-)Anwendungen für das eGovernment entwickeln können.

Reduzierung formaler Anforderungen an Anträge

Formale Anforderungen an Anträge müssen reduziert werden. Häufig ist nicht die technisch perfekte Lösung die beste Lösung. Für viele Prozesse können einfache Internet-Portale geschaffen werden, in denen man sich als Bürgerin unkompliziert ohne elektronische Signatur anmelden kann. Dies funktioniert in der Privatwirtschaft und wird auch für Behörden funktionieren. Dort, wo eine elektronische Signatur unvermeidbar ist, sollen die Möglichkeiten des neuen Personalausweises genutzt werden können.

Ausbau der sicheren Kommunikation mit Behörden

Wir setzen uns dafür ein, dass man auch ohne De-Mail über die bereitgestellten Portale sicher mit den Behörden kommunizieren kann. Es ist zu prüfen, ob die Arbeit mit De-Mail aufgrund der geringen Akzeptanz überhaupt eine Zukunft hat oder eingestellt werden sollte.

Umfangreiche Hilfestellung für Bürger zur Nutzung der digitalen Verfahren

Essentiell bei der Einführung digitaler Verwaltung muss sein, dass Menschen bei Bedarf von den Behörden vor Ort persönliche Unterstützung in der Durchführung der digitalen Verfahren erhalten. Alle Angebote sollen darüber hinaus barrierearm gestaltet werden, sodass viele Menschen sie ohne Hilfe Dritter nutzen können.

Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten

Wir setzen uns dafür ein, dass die eGovernment-Angebote hohe Standards bezüglich Datenschutz und Datensicherheit erfüllen. Im Sinne der Datensparsamkeit sollen nur Daten erfasst werden, die für die Abwicklung der Verfahren notwendig sind.

Zeitersparnis durch Zweisprachigkeit

Alle Anträge und Dokumente in den Bürgerämtern von Friedrichshain-Kreuzberg sind zweisprachig (Deutsch und Englisch) anzubieten. Damit wird der kulturellen Vielfalt des Bezirks Rechnung getragen. Dies spart sowohl für die Antragstellerin als auch für die Bearbeiter die Zeit, die sonst durch Verständigungsprobleme in Anspruch genommen wird. Auf lange Sicht ist auch das Angebot einer dritten Sprache, Türkisch, zu prüfen.

Freies Internet in allen Ämtern

In allen öffentlichen Behörden soll kostenloses WiFi bzw. WLAN eingerichtet werden. In den Gebäuden ist der Internetzugang für Bürger über ihre Privatanbieter meist schlecht und zudem teuer. Dabei ist mobiles Internet für die zu erledigenden Aufgaben in den Ämtern heutzutage grundlegend, macht Abläufe effizienter und ist relativ einfach einzurichten. Darüber hinaus werden wir uns für Freifunk im gesamten Bezirk einsetzen.

b) Bezirksamt

Zweigliedriges Verwaltungssystem reformieren

Das Verwaltungsversagen der letzten Jahre zeigt, dass unser jetziges Verwaltungssystem den Anforderungen einer wachsenden Stadt nicht nachkommt. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Verwaltungsreform ein, die natürlich von der Landesebene ausgehen muss. Mehr Eigenverantwortung der Bezirke, eine Entflechtung der Verwaltungsaufgaben und klare Zuständigkeiten müssen hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Politisches Bezirksamt statt Fraktionsproporz

Bezirksämter sind quasi die Bezirksregierungen und werden in Berlin nach dem Fraktionsproporz besetzt. Dies führt dazu, dass die meisten Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen Anspruch auf ein Mitglied im Bezirksamt haben. Eine Koalition, ein Koalitionsvertrag oder gar festgeschriebene Ziele für die Legislaturperiode gibt es daher nicht. Das Bezirksamt werkelt derweil vor sich hin und die Bezirksverordneten nicken in großer Mehrheit ab, da fast jede Fraktion selbst einen Stadtrat oder eine Stadträtin im Bezirksamt hat. Ein politisches Bezirksamt würde dagegen eine politische Agenda und eine echte Opposition ermöglichen.

VII Rechts- und Sozialstaat: „Legalize it“

„Liberaler Politik lässt den Menschen in Ruhe, aber nicht im Stich.“ (C. Lindner)

Der Rechtsstaat ist die Grundlage unserer Demokratie. Die ihm zugrunde liegende Verfassung gilt für jeden Menschen, der sich hier aufhält. Er gibt den Rahmen vor, ermöglicht Freiheiten und stärkt das Individuum; er schafft Schutz vor Willkür, indem er Regeln durchsetzt und seine BürgerInnen vor dem Gesetz gleich behandelt. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher (Über-)Macht. Für einen liberalen Rechtsstaat, der die persönliche Freiheit und Mündigkeit des Individuums schützt und achtet, gilt: So wenige Einschränkungen und Gesetze wie möglich, aber so viele wie nötig sind, um die Rechte eines jeden zu sichern – nicht nur die Rechte bestimmter Gruppen oder des Stärkeren.

Ein liberaler Sozialstaat muss die Grundlage dafür schaffen, dass auch schwächere Bürger*innen am Gemeinwesen partizipieren und sich selbstbestimmt gemäß ihrer Möglichkeiten entwickeln können – z.B. in Form sozialer Grundsicherung. Er unterstützt in einem Umfang, der ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ermöglicht, all diejenigen, die Hilfe benötigen, sei es durch körperliche oder geistige Einschränkungen oder Krankheiten und Unfälle, sowie Jobverluste. Liberale Sozialpolitik hat Respekt vor den Menschen, nimmt sie ernst und verlangt daher auch, dass der Einzelne Verantwortung für sich selbst übernimmt.

a) Gewalt und rechtsfreie Räume – nicht tolerierbar!

Gewalt- und Straftäter zur Rechenschaft ziehen

Ein Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass rechtsfreie Räume entstehen, die seinen Charakter als rahmengebendes und die Freiheit der Bürger schützendes Organ konterkarieren. Wir akzeptieren weder Kriminalität und Drogenhandel beispielsweise am Kottbusser Tor, Görlitzer Park oder RAW-Gelände, noch links- und rechtsextremistische Gewaltausbrüche gegen Menschen und fremdes Eigentum oder die Besetzung öffentlicher und privater Räume zur Durchsetzung politischer Ziele. Derartige Gewalt- und Straftaten müssen unmittelbar aufgeklärt werden, die Täter_innen müssen verurteilt und bestraft werden. Die Akzeptanz unserer Rechtsordnung ist nicht verhandelbar.

Keine Toleranz von Linksextremismus

Rechtsextreme Straftaten sind in unserem Bezirk zum Glück selten und werden, wenn doch geschehen, von uns entschieden abgelehnt. Die Tolerierung von linksextremen und -extremistischen Gewaltausbrüchen wie z.B. in der Rigaer Straße durch politische Akteure, insbesondere das Bezirksamt, lehnen wir allerdings ebenso strikt ab und fordern eine klare und deutliche Distanzierung. Die praktizierte semi-offizielle Akzeptanz systematischer Rechtsbrüche wirkt extrem kontraproduktiv. Wir stehen zu dem Grundsatz, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegen muss.

Mehr Polizeipräsenz gegen Angsträume

Das Gewaltmonopol übt die Polizei aus. Sie ist dabei Partnerin und nicht Gegner der Bevölkerung. Eine gute Kommunikation und Zusammenarbeit ist zwingend notwendig, um die Probleme im Bezirk zu lösen. Wir setzen uns für eine Ausweitung der polizeilichen Fußstreife um Brennpunkte herum und somit für mehr Polizeipräsenz ein. Dies sorgt lokal für mehr Sicherheit vor Raubüberfällen und Taschendiebstahl und dämpft das Problem des Vandalismus.

Cannabis-Legalisierung zur Eindämmung von drogenbezogener Kriminalität

Um rechtsfreie Räume für die Bürger zurückzuerobern und unsere weltoffenen Werte zu verteidigen, müssen zusätzlich zur Verteidigung des Rechtsstaates durch die Polizei sowie durch die konsequente Bestrafung von Straftätern alternative Konzepte entwickelt werden. Die Freien Demokraten fordern schon lange die Legalisierung weicher Drogen. Damit können Schwarzmärkte ausgetrocknet, drogenbezogene Kriminalität bekämpft sowie Verbraucher- und Jugendschutz durch kontrollierte Abgabe und Aufklärung gestärkt werden.

Gastronomische Außenbewirtschaftung gegen Angsträume

Die Belebung der betreffenden Orte beispielsweise durch Gastronomie, idealerweise mit Außenbewirtschaftung, sorgt für eine Rückeroberung der Räume für die BürgerInnen.

Sauberkeit statt Verwahrlosung

Eine konsequente Sauberhaltung des öffentlichen Raumes erzielt ein höheres Sicherheitsgefühl und bekämpft „Schmuddelecken“, die von Bezirk und Ämtern aufgegeben und kaum noch genutzt erscheinen. Wir setzen uns daher für eine höhere Reinigungsfrequenz sowie mehr und größere Mülleimer in öffentlichen Plätzen und Parks ein.

b) Legalize it! Weniger Regulierung wagen

Das liberale Lebensgefühl ist bedroht, wenn die Politik bei Straf- und Gewalttaten wegschaut und laissez-faire walten lässt. Dennoch müssen Gesetze und Vorschriften fortwährend evaluiert und wenn notwendig, behutsam an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Dies muss jedoch rechtsstaatlich und demokratisch erfolgen und nicht durch beliebige Missachtung der Gesetze. Wir stehen dabei für einen klugen Mittelweg, der das Prinzip des Lebens und Leben Lassens mit Ordnungspolitik im rechtlichen Sinne verbindet.

Liberale Cannabis-Politik

Dem entsprechend setzen wir uns weiterhin für eine gelasseneren und liberale Cannabis-Politik ein. Wir fordern auch auf Bundesebene, Cannabis Alkohol und Tabak gleichzusetzen.

Weg mit dem Ladenschlussgesetz

„Stell dir vor, es ist Sonntag, und du gehst einfach einkaufen!“ Auch bezüglich des lebensfremden Berliner Ladenschlussgesetzes fordern wir eine Liberalisierung. Der Zwang der Spätkauf-BesitzerInnen etwa, ihre Läden sonntags zu schließen, entspricht nicht mehr der Lebensrealität der Bürger und schränkt die persönliche Freiheit sowohl der Ladenbesitzerinnen als auch der Kunden drastisch ein.

c) Sozialpolitik: Politik der Chancen statt Krisenpolitik

Eine belastbare, weitsichtige und nachhaltige Sozialpolitik muss Bevölkerungszuwachs und Demographie im Blick haben, frühzeitig ausreichend Wohnraum ermöglichen und die Integration der sozial Schwachen vorantreiben, um Brennpunkte schon im Vorhinein zu vermeiden.

Kompetente Partner gewinnen, Dienstleistungen auslagern

Der Bezirk muss nicht alles selbst machen. So ist beispielsweise bei der Mieterberatung die sinnvolle Lösung nicht das eigene Anbieten der Beratung, sondern Beratungsgutscheine, mit denen Mieter zum Anwalt gehen können. Nur so ist eine gute, fundierte, unabhängige und kosteneffiziente Beratung gewährleistet.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir setzen uns für eine Förderung des Ehrenamts und einen Ausbau der vorhandenen Strukturen ein. Ehrenamt ist eine wertvolle, nicht zu unterschätzende Bereicherung in allen sozia-

len Bereichen. Das Ehrenamt leistet einen großen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Bezirk. Es sorgt dafür, dass wir unsere Nachbarn kennenlernen, leistet konkrete Hilfestellungen im Alltag, baut Vorurteile ab und wirkt integrativ. Durch bürokratische Hürden und fehlende Hilfestellungen darf soziales Engagement nicht verhindert werden.

Keine Ersetzung der staatlichen Verantwortungspflicht durch Ehrenamt

Dennoch darf Ehrenamt den Staat nicht von der Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger entbinden. Bürgerschaftliches Engagement soll deshalb nicht grundsätzliche Angebote der Bildung oder die Versorgung mit Nahrung und Wohnung von Geflüchtete leisten müssen.

d) Integration und Flüchtlingspolitik

Flüchtlingspolitik: Gleichmäßige und gerechte Verteilung der Asylbewerber-Unterkünfte

Wir brauchen Sensibilität für potentielle soziale Spannungen. So fördert beispielsweise die Unterbringung von Asylsuchenden ausschließlich in weniger wohlhabenden Gegenden das subjektive Gefühl der Zweiklassengesellschaft sowie Politikverdrossenheit.

Bildungsangebote für Geflüchtete und Einheimische

Flüchtlingspolitik muss mit einer umfassenden Sozialpolitik für alle einhergehen, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt und sozial weniger gut gestellte, deutsche Staatsangehörige ebenfalls integriert. So können z.B. Bildungsangebote für Geflüchtete wie auch für bedürftige deutsche Staatsangehörige geöffnet werden.

Menschenwürdige Wohnraumkonzepte mithilfe privater Investoren

Wir brauchen belastbare, menschenwürdige Wohnraumkonzepte für Menschen in prekären Lagen – egal welcher Herkunft. Diese Konzepte müssen den Menschen Zugang zum gesellschaftlichen Leben gewähren und Integration ermöglichen. Wir präferieren deshalb eine ausgewogene soziale Durchmischung. Um diesen Wohnraum zu schaffen, setzen wir uns für eine stärkere Einbindung von und mehr Kooperationen mit privaten Investorinnen ein. Administrative Hürden müssen im Sinne des Wohnungsbaus abgebaut werden.

Integration durch Sport- und Kulturangebote

Die erfolgreiche Integration von Einwanderern und Geflüchteten in unseren Bezirk braucht nachhaltige Konzepte. Um neben dem Alltag in den provisorischen Unterkünften Flüchtlingen eine Perspektive zu bieten, wollen wir uns für ein breites Sportangebot in Kooperation mit den ansässigen Sportvereinen einsetzen. Kulturgutscheine können die Lage in den Unterkünften entspannen und Deutschland vorstellen.

Stärkung der Frauen

Über Integrationskurse hinaus ist auch eine spezielle Schulung der Frauen (Vorbild: die Neuköllner Stadtteilmütter) in Schrift und Sprache, aber auch zu Rolle und Rechten von Frauen in der EU denkbar.

Asylbewerber in den Betrieb der Unterkünfte einbeziehen

Um das Gemeinsamkeitsgefühl sowie das Gefühl, gebraucht und gewollt zu sein, zu stärken, sollen Asylbewerber*innen die Koordination innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte unterstützen. Dabei ist beispielsweise die Einbindung in die Versorgung, Waschen, Kochen, Putzen, Lehrtätigkeiten etc. möglich. Somit kann der gesellschaftlichen Aufteilung in „wir“ und „die“ entgegengewirkt werden.

Würdigung von Integrationsleistung

Grundsätzlich gilt: Bei einer liberalen Integrationspolitik steht das Individuum im Mittelpunkt. Die Erfahrung in Berlin zeigt, dass sich die Mehrzahl der Einwanderer und Zugezogenen ganz selbstverständlich in diese Gesellschaft integrieren. Diese Menschen bedürfen keiner Einmischung in ihre Lebensführung durch „Integrationsgesetze“, sondern brauchen – wie alle Bürger – einfach nur eine gute Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik.